

Aus dem Inhalt

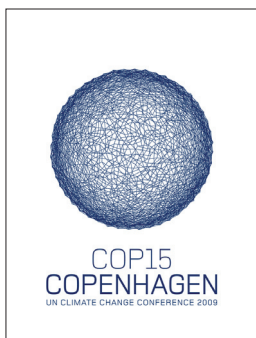
Klimaschutz • Krise erleichtert EU-Vorreiterrolle	Seite 3
ASUE News • Energie aus einer Hand: Contracting spart Energie und Kosten	Seite 4
EnergieSzene Berlin • Gas-Versorgungssicherheit im Fokus	Seite 5
EnergieSzene Brüssel • „Gutes Signal für Kopenhagen“	Seite 5
IEU News • Modernisierungskompass: Kesseltausch geht vor Dämmung	Seite 6
Zahlen & Fakten • Bis 2030 Verbrauchszuwachs um 35 Prozent	Seite 7
Energie intern • Kopf des Monats: Katherina Reiche	Seite 8
Literaturtipps • Wir haben die Wahl • Ein Plan zur Lösung der Klimakrise	Seite 8

Topthema

Die Welt schaut nach Kopenhagen

„Wir nähern uns dem Moment der Wahrheit“, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach einem Treffen mit Lord Nicholas Stern, dem Autor des Stern-Klimaberichts, und Dr. Rajendra K. Pachauri, dem Vorsitzenden des Weltklimarats IPCC, und sprach damit die UN-Klimaschutzkonferenz an, die derzeit (7. bis 18. Dezember) in Kopenhagen stattfindet. In der dänischen Hauptstadt kommen Tausende Klimaexperten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft und gegen Ende auch mehr als 100 führende Politiker aus aller Welt, darunter am letzten Tag sogar US-Präsident Barack Obama, zusammen, um auf dem gemeinsamen Weg hin zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen, das ab 2013 das Kyoto-Protokoll ersetzen soll, so weit wie möglich voranzukommen.

„Wir müssen die Chance nutzen, die globale Erwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen, bevor es zu spät ist“, bekräftigte Barroso und rief im



Vorfeld der Konferenz zu mutigen Entscheidungen auf. Immerhin biete Kopenhagen die Gelegenheit, den Fahrplan für eine weltweit kohlenstoffarme Gesellschaft festzulegen und damit

eine Welle von Innovationen auszulösen. Die Europäische Union sei sogar bereit, ihr Emissionsminderungsziel von derzeit 20 Prozent bis

2020 auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn auch die Partner in den übrigen Industrieländern und in den Entwicklungsländern ihren fairen Anteil an den globalen Bemühungen übernehmen. Deshalb sollten auf der Konferenz in Kopenhagen die wichtigsten politischen Elemente des angestrebten Vertrags festgelegt werden. Darüber hinaus müssten sich die Teilnehmer auf ein Verfahren für die Ausarbeitung eines vollständigen Vertragstextes bis Mitte 2010 einigen. Der nächste UN-Klimagipfel findet im Dezember 2010 in Mexiko statt.

Die deutsche Position ist laut Franzjosef Schafhausen, Ministerialdirigent im Umweltministerium, klar. Vor dem Forum für Zukunftsenergien in Berlin sagte der in der Klimaschutzpolitik äußerst erfahrene Beamte: „Wir sind in einem



Liebe Leser,

Themen wie Klimaschutz, Energieeffizienz und Energiesparen stehen angesichts der laufenden UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen mit Fug und Recht wieder im Vordergrund der Berichterstattung. Wie weit die Staatenlenker in der dänischen Hauptstadt auf dem Weg zu einem Kyoto-Nachfolge-Protokoll tatsächlich vorankommen und welche Kompromisse sie dafür eingehen werden, wird wohl erst am letzten Konferenztag zu erkennen sein.

Wie einfach und wirkungsvoll jeder Einzelne zum Klimaschutz beitragen kann, zeigt der neue Modernisierungskompass der Initiative Erdgas pro Umwelt. Die Initiative hat wissenschaftlich belegte Zahlen präsentiert, die eindrucksvoll zeigen, wie man durch einfache und vergleichsweise günstige Modernisierungsmaßnahmen im Heizungskeller Kohlendioxid, Energie und damit auch Kosten einsparen kann. Bleibt zu hoffen, dass die Politik in Bund und Ländern erkennt, dass man auf diesem Gebiet mit relativ geringem Fördermittelaufwand sehr viel bewirken kann.

Eine interessante Lektüre wünscht
Rolf Sweekhorst

Prozess, der sich von Anfang der 90er-Jahre entwickelt hat.“ Zunächst habe dabei die Konfrontation im Vordergrund gestanden, doch das habe sich inzwischen stark verändert. Schafhausens These: „Ökologie ist Langzeit-Ökonomie. Schon unter ökonomischen Gesichtspunkten macht es Sinn, über Ökologie nachzudenken.“ Man müsse nur nach China oder Indien schauen. Treiber für die positiven Veränderungen dort seien beileibe nicht nur die Anstrengungen zum Schutz des Klimas. Dort gehe es auch um die Reduzierung von Importabhängigkeiten und um mehr Versorgungssicherheit.

„Klimaschutz ist der Impulsgeber für die ökonomische Modernisierung unseres Landes“, stellte Bundesumweltminister Norbert Röttgen anlässlich einer Veranstaltung fest, in deren Verlauf der „Klimaschutzdialog Wirtschaft und Politik“ ins Leben gerufen wurde. „Deshalb“, so Röttgen weiter, „ist Kopenhagen zugleich die bedeutendste Wirtschaftskonferenz unserer Zeit.“ Klimaschutz sei ein Motor, ein Impulsgeber für Innovationen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. „Deutsche Unternehmen haben längst begriffen, welche riesigen Chancen der Klimaschutz bietet.“

EU-Ministerrat verabschiedet Milliardenhilfe für Entwicklungsländer

„No money, no deal“, hatte Karl Falkenberg, Generaldirektor Umwelt bei der EU-Kommission, im Vorfeld der UN-Klimaschutzkonferenz konstatiert. Jetzt haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf halber Verhandlungsstrecke zwar auf die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Entwicklungsländer verständigt, fraglich ist aber, ob dies als ausreichend angesehen wird. Denn die Zusage erstreckt sich lediglich auf eine Anschubfinanzierung für den Zeitraum 2010 bis zum Auslaufen des Kyoto-Abkommens 2012. Pro Jahr will die EU 2,4 Milliarden Euro, darunter 420 Millionen jährlich aus Deutschland, bereitstellen und sich dafür einsetzen, dass weltweit sieben Milliarden Euro zusammenkommen. Als „außerordentlich gutes, solidarisches Signal“ wertete Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Zusage der Europäer, nicht zuletzt deshalb, weil sich alle 27 Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft beteiligen würden. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach von einem starken Ergebnis. Gerade für die ärmsten Länder sei eine Einigung auf schnelle Hilfe wichtig: „Ich denke an afrikanische Länder und kleine Inselstaaten, deren Zukunft davon abhängt, ob sofort gehandelt wird.“

In seinem Abschlussdokument erkennt der EU-Ministerrat an, dass bis 2020 die öffentlichen und privaten Finanzströme in Richtung Entwicklungsländer deutlich verstärkt werden müssten, und bestätigt, dass die EU ihren Anteil an der internationalen öffentlichen Unterstützung übernehmen werde. Noch im September hatte die Kommission den Bedarf für 2020 mit 100 Milliarden Euro jährlich angesetzt und angeregt, dass die EU davon bis zu 15 Milliarden Euro pro Jahr übernehmen solle. Doch mit konkreten Zahlen warten die Regierungschefs der EU jetzt nicht auf. Eine reine Absichtserklärung jedoch wird den Entwicklungsländern kaum Mut zum Handeln vermitteln.

„Deutschland wird sich sowohl kurzfristig als auch langfristig daran beteiligen, dass die ärmeren Länder der Welt die Chance haben, sich auch auf die Klimaveränderung einzustellen“, versicherte Merkel. Langfristig werde für den Klimaschutz in den Entwicklungsländern mehr Geld gebraucht. Bislang gebe es jedoch nur aus Europa Angebote zur Beteiligung. „Das ist für mich der sorgenvollste Punkt.“ Auch hinsichtlich der Minderungszusagen halten sich die Regierungschefs der Europäischen Union noch immer mit verbindlichen Beschlüssen zurück. Wenn die anderen mitzögen, wolle die EU ihre Quote auf 30 Prozent erhöhen. Dafür lägen allerdings noch keine ausreichenden Angebote auf dem Tisch, so Merkel.

„Kopenhagen droht zu scheitern, wenn diejenigen, die bisher eine Vorreiterrolle für sich in Anspruch nehmen, nicht endlich aus der Deckung kommen. Die Taktik, erst am Ende des Klimagipfels irgendwelche Joker zu präsentieren, kann schief gehen“, sagte Antje von Broock, die für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den Kopenhagener Klimagipfel beobachtet. „Wenn die afrikanischen Länder wie befürchtet aus Frustration über die lahmen Verhandlungen vorzeitig abreisen, dann muss der Gipfel als gescheitert gelten.“

Wirksamer Klimaschutz braucht effiziente Förderung

Die nationale und die europäische Politik scheinen sich weitgehend einig: Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe, die aber auch erhebliche Chancen bietet. Dass auch Hausbesitzer diese Chancen nutzen können, hat vor wenigen Tagen die Initiative Erdgas pro Umwelt mit einer neuen Studie, dem IEU-Modernisierungskompass, eindrucksvoll belegt.

Das zentrale Ergebnis dieser Studie lautet: Wer der Umwelt CO₂ und dem eigenen Geldbeutel dauerhaft hohe Energiekosten ersparen will, dem hilft moderne Heizungstechnologie in Form einer Erdgas-Brennwertheizung. „Günstiger als mit Erdgas-Brennwerttechnik können Hausbesitzer Kohlendioxid nicht einsparen“, erklärte IEU-Sprecher Bernhard Funk anlässlich der Vorstellung der Studie in Düsseldorf. Um das nationale Klimaschutzziel zu erreichen, müssten bis 2020 rund zehn Millionen Heizungen erneuert werden. Dazu müsse das derzeitige Modernisierungstempo mithilfe entsprechender Förderanreize verdoppelt werden. Funk wörtlich: „Erdgas und erneuerbare Energien ergänzen sich zwar, aber eine Politik, die lediglich den Ausbau erneuerbarer Energien in den Vordergrund stellt, greift zu kurz.“

Der IEU-Modernisierungskompass, der erstmals einen direkten Vergleich unterschiedlicher Maßnahmen zur energetischen Sanierung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und ihrer Kosten ermöglicht, wird auf Seite 6 ausführlich vorgestellt.

Klimaschutz

Krise erleichtert EU-Vorreiterrolle

Vor allem durch die krisenbedingte Reduktion der Industrieproduktion und den damit auch verbundenen sinkenden Energieverbrauch wird der CO₂-Ausstoß in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2020 insgesamt um bis zu 6,1 Prozent niedriger ausfallen als noch vor der Krise prognostiziert. Analog dazu werden in Deutschland die Emissionen zwar nicht ganz so stark, aber immerhin um bis zu 4,4 Prozent zurückgehen.

Das derzeit im Vorfeld des Kopenhagener UN-Klimagipfels diskutierte EU-Ziel einer 30-prozentigen Reduktion der CO₂-Emissionen wird in der Folge dieser Entwicklung mit einem möglichen Rückgang von 32 Prozent sogar übererfüllt, stellt die Managementberatung A.T. Kearney in einer aktuellen Studie fest. Vor diesem Hintergrund solle die EU ihr Klimaziel von 30 Prozent weiter verfolgen und umsetzen – unabhängig von den Zielen der anderen Länder. Für die EU ergebe sich damit die Möglichkeit, ihre Vorreiterrolle in punkto Klimaschutz weiter auszubauen, aber auch ihre Position im Bereich von Umwelttechnologien und bei der Entwicklung exportfähiger Energiesystemlösungen weiter zu stärken.

ADAM weist Europa den Weg zum Klimaschutz

Die Treibhausgasemissionen in Europa können bis 2050 gegenüber 1990 um 80 Prozent reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Optionen für eine Emissionsreduktion zügig gestartet und engagiert verfolgt werden. Zu diesem Ergebnis kommt das Forschungsprojekt ADAM (Adaption and mitigation strategies – supporting European Climate Policy), die das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt hat.

Generell braucht es nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Untersuchung ein breites Portfolio an politischen Maßnahmen, die sowohl technologische Innovationen als auch Verhaltensänderungen bewirken – auf allen Ebenen. Das Konzept für dieses Gesamtprogramm wird als „Green

„Bedingt durch die zunehmende Bedeutung der Service-Industrien und Maßnahmen zur Energieeffizienz hat in den 90er-Jahren in Europa eine teilweise Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum stattgefunden“, so Matthias Cord von A.T. Kearney. Besonders stark zeige sich diese Entwicklung in Deutschland. Hier sei die Wirtschaftsleistung seit 1990 um jährlich durchschnittlich 1,8 Prozent angewachsen, der Energieverbrauch habe hingegen im gleichen Zeitraum mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 0,3 Prozent abgenommen. Parallel dazu sei in Deutschland auch der CO₂-Ausstoß um durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr zurückgegangen.

Die „Delle“ im deutschen und europäischen Energieverbrauch, davon zeigt sich Cord überzeugt, werde auch nach dem Ende der Krise nicht vollständig ausgeglichen sein, sondern bis 2020 zu einem geringeren Verbrauch führen als noch vor der Krise angenommen. „Trotz der absehbar positiven Effekte der derzeitigen Wirtschaftskrise auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen und die Erreichung der Klimaziele ist es wichtig, dass die Politik ihren umweltpolitischen Kurs auch in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld weiter verfolgt und die Technologiekompetenz ausbaut.“

New Deal“ bezeichnet, der wirtschaftliche Stimulierung mit „grüner“ Technologie kombiniert. „Man erzeugt Wirtschaftswachstum, indem man auf Material- und Energieeffizienz sowie Klimaschutz setzt – eine Win-win-Situation“, so Wolfgang Schade, einer der Projektleiter. Er sieht vor allem den Einsatz von Material- und Energieeffizienz-Technologien und den Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Strategien an, die durch unterschiedliche Maßnahmen – von besser isolierten Gebäuden, CO₂-Emissionsstandards für Kraftfahrzeuge bis hin zur Förderung von Erneuerbaren und Elektromobilität – realisiert werden müssen.

„Die fossilen Brennstoffe werden so im ADAM-Szenario durch vermiedene Energienachfrage und erneuerbare Energiegewinnung ersetzt, die zum Beispiel bei der Stromerzeugung auf bis zu 75 Prozent ausgebaut werden kann“, so Schade. Ein Ausbau der Kernenergie oder von Carbon-Capture-and-Storage (CCS) im Energiesektor sei dann nicht erforderlich.

Mit IKT CO₂-Emissionen reduzieren

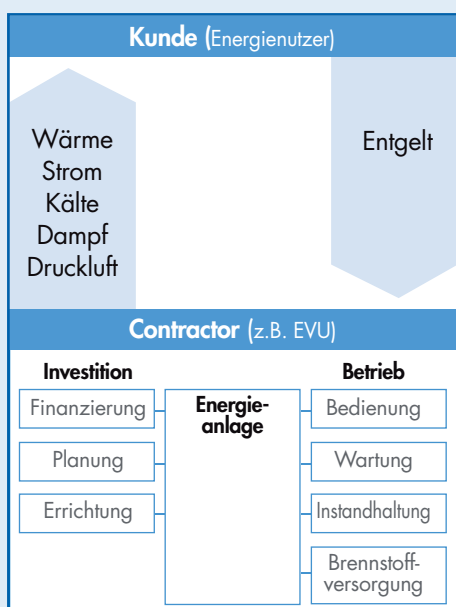
Bis zu 25 Prozent der CO₂-Emissionen oder äquivalenter Schadstoffe können im Jahr 2020 in Deutschland mit dem sinnvollen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) eingespart werden. Diese Zahl weist die Studie „SMART 2020 Deutschland“ aus, die gemeinsam von der Deutschen Telekom, Huawei, SAP, Siemens und The Boston Consulting Group erstellt wurde. Während die IKT im eigenen Bereich

Emissionen im Umfang von rund 13 Millionen Tonnen einsparen könne, sehen die Studienautoren in den übrigen Industrien Reduktionspotenziale von insgesamt 194 Millionen Tonnen im Jahr 2020, die durch den konsequenten Einsatz von IKT erreicht werden könnten. Die Studie nennt fünf Kernbereiche, in denen entsprechende IKT-Lösungen besonders deutliche Emissionsrückgänge erreichen würden: Gebäudewirtschaft, Logistik, Stromwirtschaft, Industrieautomation und Dematerialisierung.

Energie aus einer Hand

Contracting spart Energie und Kosten

Krankenhäuser, Industrie- und Gewerbebetriebe, Unternehmen der Wohnungswirtschaft, Kommunen – sie alle brauchen Energie in unterschiedlichen Formen und mehr oder weniger großen Mengen. Doch die wenigsten Betreiber der entsprechenden Versorgungsanlagen können sich diesem Thema mit der Aufmerksamkeit widmen, die es angesichts knapper werdender Haushalte und Budgets unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzesvorhaben verdient. Das Kerngeschäft hat Vorrang.



Contracting ist eine Alternative, die allen Beteiligten nutzt. Dazu gehört eine breite Palette möglicher Dienstleistungen, von der Wärmelieferung über die Versorgung mit Strom, Kälte, Dampf oder Druckluft und das Anlagenmanagement bis hin zur Finanzierung neuer effizienter Anlagen. Die wichtigsten Einsatzbereiche sind kommunale und öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser,

aber auch Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Wohngebäude beziehungsweise größere Objekte der Wohnungswirtschaft. Die Kunden sparen mithilfe des Contractings Energie, Zeit und Kosten, und sie vermeiden Risiken. Die Anbieter erschließen neue Geschäftsfelder für sich sowie darüber hinaus auch für das regionale Handwerk. Zusätzlich werden mit Anlagen, die nach dem neuesten Stand der Technik errichtet und gewartet werden, die Belastungen der Umwelt durch Emissionen so gering wie möglich gehalten. Ziel des Contractings ist letztlich die Optimierung aller mit dem Versorgungsfall verbundenen technischen und organisatorischen Prozesse. Die damit einhergehende Kostensenkung bringt wirtschaftliche Vorteile sowohl für den Nutzer als auch für den Contractor.

Vorteile für den Nutzer

Sinnvolles Outsourcing steigert die Effizienz und senkt die Kosten. Unternehmen, Behörden, öffentliche Einrichtungen bis hin zu Kommunen entlasten sich dabei von bestimmten Aufgaben und übertragen diese an Spezialisten. Contracting, das insbesondere im Bereich der Wärmeerzeu-

gung und Wärmelieferung seit Jahren erfolgreich umgesetzt wird, ist eine spezielle Form des Outsourcings und wendet sich unter anderem an Krankenhäuser, Industrie- und Gewerbebetriebe oder an Unternehmen der Wohnungswirtschaft. Contracting sichert den zuverlässigen Betrieb von Energieanlagen und bietet Planungssicherheit hinsichtlich der Kosten. Das Management kann sich stärker auf sein Kerngeschäft konzentrieren, Effizienzpotenziale werden mit neuester Technik besser ausgeschöpft, spezielle Aufwendungen für Investitionen, Reparaturen und Rücklagen sind nicht mehr erforderlich. Kostenvorteile ergeben sich oft auch über Synergieeffekte durch die Abwicklung vom Einkauf über die Planung bis hin zum Bau einer Anlage aus einer kompetenten Hand. Und in der Wohnungswirtschaft übernimmt der Contractor bei Bedarf auch die Abrechnung der individuellen Wärme- beziehungsweise Energiekosten.

Vorteile für den Contractor

Das Contracting ist mit erheblichen Chancen verbunden. Es ermöglicht neue Dienstleistungsangebote, die Zusammenarbeit zwischen Anbieter und Nutzer ist langfristig angelegt, erfolgreiche Referenzprojekte führen zu neuen Aufträgen, vorhandene Kapazitäten in den Bereichen Planung, Abwicklung und Betriebsführung werden besser ausgelastet. Außerdem können bessere Beschaffungsbedingungen, beispielsweise aufgrund größerer Abnahmemengen oder günstigerer Zinsen, zu erheblichen Kostensenkungen beitragen, die sowohl für den Anbieter als auch für den Nutzer von Vorteil sind. Letztlich ermöglicht eine Spezialisierung auf Contracting-Dienstleistungen qualitativ hochwertige und gleichzeitig wettbewerbsfähige Dienstleistungsangebote.

Erfahrene und kompetente Contracting-Anbieter können ihren Kunden dank ihrer Marktkenntnisse nicht nur eine langfristig sichere und preisgünstige Versorgung mit Erdgas, Strom, Wärme, Kälte, Dampf oder Druckluft garantieren. Sie vermitteln, beispielsweise bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Projekten, auch die Abnahme und Vergütung des überschüssigen Stroms – in manchen Fällen auch der zu viel erzeugten Wärme. Die Beschaffung von Reserve- und Zusatzleistungen kann ebenfalls zum Dienstleistungsangebot gehören.

Messetermin: Bioerdgas auf der Grünen Woche



Die Internationale Grüne Woche 2010, die vom 15. bis 24. Januar in der Messe Berlin stattfindet, widmet in der Fachschau **nature.tec** die komplette Messehalle 4.2a den Themen Bioenergie, Nachwachsende Rohstoffe sowie Holz als Energielieferant und Rohstoff.

Der Stand des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) informiert im Rahmen der **nature.tec** unter anderem über Bioerdgas, die entsprechende Gerätetechnik, Bioerdgas als Kraftstoff und Erdgasfahrzeuge.

Mehr Informationen unter www.naturetec-igw.de.

Gas-Versorgungssicherheit im Fokus

„Die Sicherstellung der Gasversorgungssicherheit ist für Deutschland und die EU eine zentrale Aufgabe. Vor dem Hintergrund des Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine Anfang Januar ist es für Europa offensichtlich geworden, dass wir uns sowohl bei den Lieferquellen als auch bei den Transportrouten breiter aufstellen müssen“, sagte Jochen Homann, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, nach der Tagung des EU-Energieministerrats in Brüssel. Deutschland unterstütze die vorgesehene Einführung von Mindeststandards für Infrastruktur und Vorsorge. Nur durch ausreichende Eigenvorsorge der einzelnen Staaten werde solidarisches Handeln in der EU möglich. „Deutschland ist dank seiner diversifizierten Lieferwege und Quellen, seiner guten Beziehungen zu den verschiedenen Lieferstaaten, seiner umfangreichen Speicher und seiner leistungsfähigen Unternehmen gut positioniert. In Europa geht es jetzt darum, die Krisenvorsorge und das Krisenmanagement durch klarere Vorschriften bei gleichzeitiger Flexibilität der Mittel weiter zu verbessern. Dabei ist es wichtig, die vorrangige und bewährte Verantwortung der Unternehmen und der Mitgliedstaaten für die Gasversorgungssicherheit zu erhalten.“

„In Deutschland ist ganz klar festgelegt, dass die Unternehmen für Versorgungssicherheit verantwortlich sind“, sagte Frank Bonaldo, Leiter des

Referats „Öl, Gas und Krisenvorsorge“ im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), auf einer Fachtagung des Bundesverbands Neuer Energieanbieter (bne). 1982 sei auf Initiative der Gaswirtschaft eine Clearinggruppe beim BMWi vereinbart worden, die bei einer Angebotsstörung in einer zweiten Stufe herangezogen werden könne. In der dritten Stufe schließlich könne das Ministerium den Notstand ausrufen. Deutschland sei bei der Versorgungssicherheit gut aufgestellt. Als Stichpunkte nannte er die diversifizierte Versorgung, ein Binnennetz von fast 400.000 km Länge mit vielen Redundanzen, in dem teilweise die Flussumkehr möglich sei, und das zweitgrößte Speichervolumen nach der Ukraine.

Die EU und Russland haben sich mittlerweile auf einen Frühwarnmechanismus in Energiefragen verständigt. Die Koordination soll über den EU-RUS-Energiedialog erfolgen. Damit könnten bestehende und eingespielte Strukturen genutzt werden, hieß es dazu aus Brüssel. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle begrüßte, dass die Verhandlungen jetzt zum Erfolg geführt haben. „Es ist wichtig, dass es zwischen der EU und Russland konkrete Vereinbarungen für die Information und Beratung im Krisenfall gibt, um gegebenenfalls auf zukünftige Krisen rasch reagieren und gemeinsam Lösungen – unter Einbeziehung am Transit beteiligter Staaten – umsetzen zu können.“

„Gutes Signal für Kopenhagen“

„Beim Umbau Europas zu einer klimafreundlichen und verbrauchernahen Wirtschaft setzt Europa auf klare Rahmenbedingungen und informierte Bürger. Europa bekräftigt damit erneut seine klimafreundliche Vorreiterrolle – und das ist ein gutes Signal für Kopenhagen“, sagte Bundesumweltminister Norbert Röttgen zur Einigung von Europäischem Parlament, EU-Kommission und Mitgliedstaaten auf wesentliche Verbesserungen im Gebäudebereich und bei der Kennzeichnung von energieverbrauchenden Produkten. Danach dürfen beispielsweise ab dem Jahr 2020 neue Gebäude praktisch keine Energiezufuhr mehr benötigen. Moderni-

sierungsempfehlungen für bestehende Gebäude gehören künftig in den Energieausweis, und Immobilienanzeigen müssen Energiekennwerte enthalten. „Zum ersten Mal gibt Europa ein strategisches Ziel für den Energieverbrauch von Gebäuden vor. Damit wird der Wettbewerb bei der Entwicklung effizienter Bauprodukte und Anlagentechnik erst richtig in Gang kommen und das unterstützt wiederum auch die energetische Sanierung im Gebäudebestand“, meint Röttgen. „Die neue europäische Gebäuderichtlinie wird positive Impulse für den deutschen Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum bewirken. Gleichzeitig senkt sie die Energiekosten bei den Verbrauchern.“

EU fördert CCS und Offshore-Projekte

Die Europäische Union wird ein von Vattenfall Europe geplantes Demonstrationsprojekt zur CO₂-Abscheidung und -Lagerung (CCS) mit bis zu 180 Millionen Euro fördern. „Wir freuen uns über dieses klare Signal der EU. Das ist auch ein Zeichen in Richtung Weltklimagipfel in Kopenhagen. Es zeigt uns erneut, dass wir uns im Bereich CCS auf dem richtigen Weg befinden“, sagte Tuomo Hatakka, Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Europe AG. Das Unternehmen will die CCS-Demonstrationsanlage am Standort Jämschwalde in Brandenburg 2015 in Betrieb nehmen. Die dazu

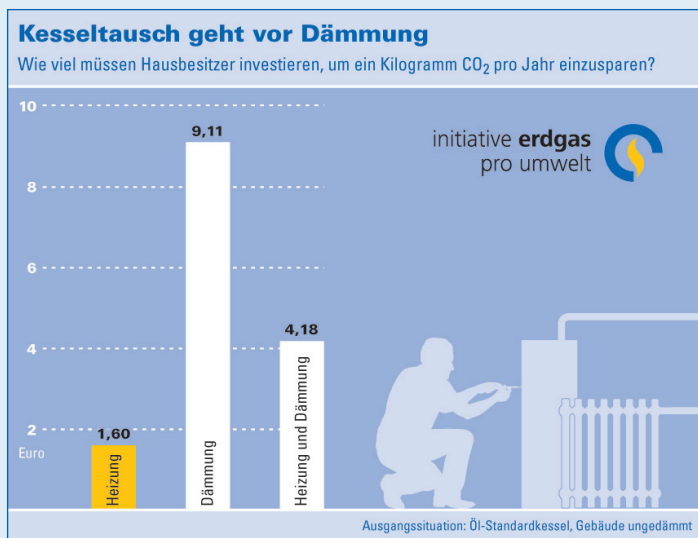
notwendigen Investitionen werden mit etwa 1,5 Milliarden Euro veranschlagt.

Die Kommission fördert insgesamt sechs CCS-Projekte mit einer Milliarde Euro aus dem „European Energy Programme for Recovery“. Neben dem Vattenfall-Projekt in Brandenburg erhalten Projekte von Enel in Italien, von E.ON Benelux und Electrabel in den Niederlanden, von PGE EBSA in Polen, von Endesa in Spanien und von Powerfuel Power in Großbritannien finanzielle Unterstützung. Außerdem werden neun Offshore-Windenergie-Projekte mit insgesamt 565 Millionen Euro bezuschusst.

Kesseltausch geht vor Dämmung

IEU stellt erstmals Modernisierungskompass vor

Die Dämmung verbessern? Eine neue Heizung einbauen? Oder sollte man sogar beides machen? Was kostet so etwas überhaupt und wie schnell rechnet sich die Investition? Hausbesitzer, die Energie und Kosten sparen wollen und dabei auch noch an das Wohl der Umwelt denken, stehen nicht selten vor der Frage, wie sie die energetische Sanierung ihres Hauses am sinnvollsten angehen sollen. Die Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU) und das renommierte Institut für Technische Gebäudeausrüstung Dresden (ITG) haben nun mit dem IEU-Modernisierungskompass eine Untersuchung vorgelegt, die eindeutige Antworten auf solche Fragestellungen bietet. „Unsere Studie vergleicht zum ersten Mal bauliche und anlagenseitige Modernisierungsmaßnahmen und ist damit eine wichtige Hilfestellung für Investitionsentscheidungen“, erklärt IEU-Sprecher Bernhard Funk.



Bei der Reduktion von CO₂ liegt der Tausch der Heizanlage eindeutig vor baulichen Sanierungsmaßnahmen. Für eine Dämmung müssen Hausbesitzer 9,11 Euro investieren, um ein Kilogramm CO₂ einzusparen. Wird die Heizanlage getauscht, sind es lediglich 1,60 Euro. Aufgrund höherer Investitionen liegt der Wert bei einer Kombination von Dämmung und Heizungsmodernisierung bei 4,18 Euro.

Das zentrale Ergebnis der Studie lässt sich in einem Kernsatz zusammenfassen: Kesseltausch geht vor Dämmung. Das gilt – und das freut den Hausbesitzer doppelt – sowohl für die Anschaffungskosten und die Amortisationszeit als auch hinsichtlich der Realisierung von CO₂-Einsparungen. Laut Modernisierungskompass liegt die Investitionssumme für die Einsparung von einem Kilogramm Kohlendioxid pro Jahr im Durchschnitt aller marktreifen Heizungstechniken bei 1,60 Euro. Wer sich beim Austausch der alten gegen eine neue Anlage für die Erdgas-Brennwerttechnik entscheidet, heizt besonders kostengünstig und umweltschonend: In diesem Fall beträgt der Vergleichswert 0,94 Euro. Will man den

gleichen Effekt mit der Dämmung des Hauses erzielen, sind stolze 9,11 Euro pro jährlich erspartem Kilogramm CO₂ zu investieren.

Ähnlich eindrucksvoll sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung, wenn es um die Amortisation der Investition geht. Auch hier ist der Aufwand für die Dämmung wieder am größten. Knapp 40 Jahre weist der Modernisierungskompass als Zeitraum für die Amortisation von reinen Dämmmaßnahmen aus. Rund zehn Jahre sind es im Schnitt beim Einbau einer neuen Heizung, von der Elektrowärmepumpe über die Holzpelletanlage und die Öl-Brennwerttechnik bis hin zur Erdgas-Brennwerttechnik. Letztere liegt auch bei diesem Vergleich klar an der Spitze: Wird der alte Gas-Standardkessel gegen eine moderne Erdgas-Brennwertanlage ausgetauscht, zahlen sich die Anschaffungskosten schon nach weniger als fünf Jahren aus

Die Politik ist gefordert

„Die Ergebnisse unserer Studie geben nicht nur Verbrauchern, sondern auch Entscheidern in Politik und Wirtschaft wichtige Anhaltspunkte“, so Bernhard Funk. „Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir das derzeitige Modernisierungstempo verdoppeln und bessere Investitionsanreize schaffen.“ Sachsen und das Saarland gingen hier mit gutem Beispiel voran und hätten eigene Förderprogramme aufgelegt – mit entsprechenden Ergebnissen. Aber auch die Bundesregierung sei in der Pflicht. Die neue Koalition habe im Koalitionsvertrag angekündigt, die derzeitige Sanierungsquote steigern zu wollen. „Mit Blick auf dieses Ziel ist es allerdings notwendig, zusätzliche Anreize zu schaffen.“ Um das nationale Klimaziel zu erreichen, müssten bis 2020 rund zehn Millionen Heizungen modernisiert werden. Mithilfe neuer Erdgas-Brennwertheizungen und neuer Heiztechnologien ließen sich allein in den deutschen Heizungskellern jährlich 85 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Deutschlands Klimaschutzziel bezogen auf den Wärmemarkt wäre damit erreicht. Allein mit Erneuerbaren und mehr Energieeffizienz könne man solche Fortschritte nicht erreichen. „Das schaffen wir nur, wenn wir das derzeitige Modernisierungstempo verdoppeln“, erklärte Funk.

IEU-Modernisierungskompass

Der IEU-Modernisierungskompass ist ein Wegweiser zur effizienten energetischen Sanierung. Er ermittelt, wie viel Geld Hausbesitzer für die Einsparung eines Kilogramms CO₂ pro Jahr in unterschiedliche Sanierungsmaßnahmen für Wohngebäude investieren müssen. Mithilfe dieses neuen „Werkzeugs“, das unter der Adresse www.ieu.de direkt von der Startseite aus erreichbar ist, kann sich der Sanierungswillige schnell ausrechnen lassen, wie er seinen Energieverbrauch wirksam drosselt und welche Investition sich besonders schnell bezahlt macht.

Der „IEU-Modernisierungskompass“ ist unter www.ieu.de zum Download eingestellt.

Bioerdgas

Ausgezeichnete Projekte

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) hat in Berlin Vorreiter auf dem Biogas- und Bioerdgasmarkt ausgezeichnet. Als „Biogaspartnerschaft des Jahres 2009“ wurde die erdgas schwaben GmbH für die vorbildliche Nutzung von biologischen Abfällen am Standort Altstadt geehrt. Den erstmals vergebenen „Innovationspreis biogaspartner 2009“ erhielt die bmp greengas GmbH für ihre Pionierarbeit im Bereich des Handels mit Biomethan. Weitere Auszeichnungen gingen an die Gasag-Tochter GreenGas Rathenow für die Vermarktung von Biomethan im Kraftstoffbereich und an die Primagas GmbH, die mit ihren Service- und Leis-

tungsangeboten Ausfälle bei der Flüssiggasbereitstellung reduziert, was wiederum die kontinuierliche Einspeisung von Biogas gewährleistet.

Andreas Jung, Geschäftsführer der dena, ist vom langfristigen Erfolg des erneuerbaren Energierohstoffs überzeugt: „Die Gewinner überzeugen mit innovativen und verbindlichen Konzepten, die einen signifikanten Beitrag zur Potenzialerschließung der Biogaseinspeisung leisten. Biomethan soll einen bedeutenden Anteil im künftigen Energiemix in Deutschland übernehmen. Die gesetzlichen Netzzugangsregelungen für Biogas haben zum Ziel, bis 2020 die Einspeisung von jährlich sechs Milliarden Kubikmetern Biogas in das Erdgasnetz zu ermöglichen.“

Zahlen & Fakten

ExxonMobil erwartet bis 2030 Verbrauchszuwachs um 35 Prozent

Bis 2030 wird der weltweite Energiebedarf rund 35 Prozent höher sein als 2005. Das erfordert Investitionen in Billionenhöhe sowie Innovationen und technologische Fortschritte, berichtet die ExxonMobil in ihrem „Energieausblick 2030“. Danach wird aufgrund von rasantem Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, die nicht zur OECD gehören, deren Energiebedarf bis 2030 im Vergleich zu 2005 um rund 65 Prozent steigen. Im Gegensatz dazu dürfte der Energiebedarf in OECD-Ländern im Zeitraum bis 2030 im Wesentlichen konstant bleiben, obwohl deren Volkswirtschaften im Durchschnitt um 50 Prozent wachsen würden.

Fossile Energieträger – Erdöl, Erdgas und Kohle – werden im Prognosezeitraum weiterhin den Hauptanteil des weltweiten Bedarfs decken, weil deren Verfügbarkeit, Vielseitigkeit, Erschwinglichkeit und Vorkommen von keinem anderen Energieträger erreicht würde, glaubt man bei ExxonMobil. Der wachstumsstärkste dieser Energieträger werde Erdgas sein, was auf dessen reichhaltige Verfügbarkeit, Vielseitigkeit und die wirtschaftlichen Vorteile dieses effizienten und sauberen Rohstoffs unter anderem für die Stromerzeugung zurückzuführen sei. Wind- und Solarkraft sowie Biokraftstoffe würden bis 2030 rasant zunehmen, und zwar um durchschnittlich knapp zehn Prozent pro Jahr. Da diese jedoch momentan erst einen geringen Anteil ausmachten, werde ihr Beitrag zur Deckung der Gesamtenergienachfrage mit rund 2,5 Prozent auch im Jahr 2030 noch relativ klein sein.

Sinkender Energieverbrauch

Der schleppende Konjunkturverlauf hinterlässt weiterhin deutliche Spuren beim Energieverbrauch in Deutschland, berichtet die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB). Vor allem Erdgas und Steinkohlen sowie verschiedene Mineralölprodukte seien von der Rezession beson-

ders betroffen. Nach vorläufigen Berechnungen habe der Verbrauch an Primärenergieträgern nach neun Monaten mit 331,7 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten um 6,4 Prozent unter dem Verbrauch im Vorjahreszeitraum gelegen. Für das gesamte Jahr sei angesichts einer leichten konjunkturellen Erholung mit einem Minus von knapp sechs Prozent zu rechnen.

Energiesicherheit durch viele Quellen

Die deutsche Energieversorgung beruht unverändert auf einer breiten Streuung der Energieträger. Rund 34 Prozent des gesamten Energieverbrauchs deckte 2008 nach aktualisierten Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen das Mineralöl. Zweitwichtigster Energieträger war mit einem Anteil von 21 Prozent das Erdgas. Es folgten die Steinkohle mit 12,6 Prozent, die Kernenergie mit 11,4 Prozent und die

Braunkohle mit 10,9 Prozent. Die erneuerbaren Energien steigerten 2008 ihren Anteil am gesamten Energieverbrauch auf 8,7 Prozent. Knapp ein Prozent entfiel auf sonstige Energieträger. Damit beruhte 2008 die deutsche Energieversorgung zu rund 80 Prozent auf fossilen Brennstoffen. Einschließlich der Kernkraft und der erneuerbaren Energien konnten knapp 30 Prozent des Bedarfs aus heimischen Quellen gedeckt werden. Wichtigster inländischer Energieträger war die Braunkohle, auf die knapp 40 Prozent der inländischen Energiegewinnung entfällt.

Energie intern

Kopf des Monats



Quelle: BMU/Thomas Köhler, phototek.net

Katherina Reiche ist seit 1996 Mitglied der CDU und seit 1998 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Von 2005 bis zu ihrem Amtsantritt als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesumweltminister war sie als stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig für die Bildungs- und Forschungspolitik sowie für die Bereiche Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

„Das Bundesumweltministerium hat die energiepolitische Gestaltungshoheit, es ist Impulsgeber und Innovationstreiber in der Energiepolitik.“

Trotz weiterhin aufgeteilter Zuständigkeiten in der Energiepolitik zwischen Bundesumweltministerium und FDP-geführtem Bundeswirtschaftsministerium reklamiert Katherina Reiche (CDU) in einem Gastkommentar für das Handelsblatt die „energiepolitische Gestaltungshoheit“ für ihr Ministerium. „Die Gewichte in unserem Energiemix werden sich deutlich verschieben; wir wollen den Weg ins regenerative Zeitalter gehen“, schreibt die Parlamentarische Staatssekretärin. Diese Entwicklung stelle auch die Energiepolitik vor neue Aufgaben. „Hier hat das Bundesumweltministerium inzwischen eine prägende Rolle.“

WER MACHT WAS?

Günther Oettinger, scheidender Ministerpräsident von Baden-Württemberg, wird in der neuen EU-Kommission als Nachfolger von **Andris Piebalgs** das Ressort Energie übernehmen. Oettinger war von der Bundesregierung für ein Amt in der Kommission nominiert worden. Die neuen Kommissare müssen, bevor sie ihre Posten antreten, im Januar noch vom EU-Parlament bestätigt werden.

Günther Cramer ist vom Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) zum Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. Der Elektrotechniker war drei Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten tätig, bevor er sich 1981 als Solar-Technologie-Unternehmer selbstständig machte.

Literaturtipp



Al Gore:

Wir haben die Wahl Ein Plan zur Lösung der Klimakrise

Nicht schon wieder Gore, mag mancher denken! Aber keine Angst, dies ist kein Recycling des Film- und Bucherfolgs des Nobelpreisträgers, sondern ein echtes Fach- und Sachbuch. Al Gore hat persönlich über 30 Workshops mit Wissenschaftlern, Technikern und politischen Beratern geleitet und mit ihnen Maßnahmen beschrieben, wie ein effizienter Klimaschutz gelingen könnte. Anders als in „Eine unbequeme Wahrheit“ erzählt Gore nicht aus persönlicher Perspektive, sondern erläutert in klarer Sprache, faktenreich und mit sehr guten Grafiken die notwendigen Schritte zur Entschärfung der

Klimakrise. Ein sehr lesenswerter Debattenbeitrag, der selbst schon die Debatte organisiert.

416 Seiten
München 2009
ISBN: 978-3-570-50115-3
21,95 Euro

Impressum

Herausgeber und Redaktion:
Dr. Rolf Sweekhorst, Aachen
redaktion.sweekhorst@t-online.de
Fax: (02 41) 55 93 79-99

Redaktion Berlin:
Helga Bodenstab
bodenstabh@aol.com
Fax: (0 30) 795 03 65

Unterstützt von

